Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des

GEMEINDERATES der MARKTGEMEINDE PUTZLEINSDORF

**19. Dezember 2002, 20.00 Uhr,
Tagungsort: Sitzungssaal des Gemeindeamtes.**

Anwesende

1. Bgm. Ing. Alois Schaubmayr
2. VzBgm. Fritz Pühringer
3. GVM Karl Kastner
4. „ Klaus Reiter
5. GRM Josef Kehrer
6. „ Alois Wögerbauer
7. „ Rupert Lindorfer
8. „ Ing. Friedrich Mühlener
9. „ Norbert Schauer
10. „ August Starlinger
11. „ Karl Zinnöcker
12. „ Rupert Aichbauer
13. „ Ing. Martin Peer
14. „ Franz Altendorfer
15. „ Rudolf Neunteufel
16. „ Franz Hackl
17. „ Johann Mühlberger

Ersatzmitglieder:

Andreas Huber für Johann Schneeberger
Franz Eilmannsberger für Monika Engleder

Der Leiter des Gemeindeamtes:

Fachkundige Personen (§ 66 Abs. 2 OÖ. GemO 1990): -

Sonstige Anwesende:

Es fehlen:

a) entschuldigt:

Johann Schneeberger

Monika Engleder

Josef Kehrer verließ während des 2. TOP um 20.30 Uhr die Sitzung

b) unentschuldigt:

-

Der Schriftführer (§ 54(2) OÖ. GemO 1990): Elisabeth Leitner

Der Vorsitzende eröffnet um 20.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm dem Bürgermeister einberufen wurde;
 - b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 10.12.2002 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
 - c) die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tag öffentlich kundgemacht wurde;
 - d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
 - e) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 21.11.2002 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.
-

Einsprüche gegen das Letzte Protokoll:

Keine!

1. Änderung (Anpassung) der Abfallgebührenordnung:

Bericht durch Bgm. Schaubmayr:

Da die Abfallgebühren 2001 nicht mehr kostendeckend waren, befasste sich der Umweltausschuss im Februar dieses Jahres mit dieser Problematik. Der Ausschuss hat damals eine 5%ige Erhöhung für das Jahr 2003 vorgeschlagen.

Die derzeit gültigen Abfallgebühren wurden in der Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.1998 beschlossen. Die Gebühren blieben demnach 4 Jahre unverändert, bis auf kleinere Abgänge waren sie jedoch auch fast kostendeckend.

Das letzte Rechnungsergebnis sieht folgendermaßen aus:

Gesamtausgaben Abschnitt 813:	S 835.000,--
- Restförderung Kompostanlage	S 92.000,--
<hr/>	
Anrechenbare Ausgaben	S 743.000,--
- Einnahmen Abschnitt 813:	S 711.000,--
<hr/>	
Anrechenbarer Abgang	S 32.000,--

Dieser Abgang entspricht 4,5 %. Dazu kommt noch, dass bei den Firmen Mühlberger, Zellinger usw. eine durchschnittliche Erhöhung der Preise um 1,5 % erfolgen wird.

Der Bürgermeister machte daher den Vorschlag, die Müllabfuhrgebühren um 6 % zu erhöhen.

Die einzelnen Tarife stellen sich dann wie folgt dar:

Abfallgebühr:

Behältnis	Schilling	Euro	Euro Neu
Tonne 90 l	85,00	6,18	6,55
Tonne 120 l	110,00	8,00	8,50
Müllsack 90 l	85,00	6,18	6,55
Container 770 l	700,00	50,90	54,00

Grundgebühr:

Einpersonenhaushalt	400,00	29,07	31,00
Zweipersonenhaushalt	600,00	43,61	46,00
Ab 3 Personen	800,00	58,14	62,00
Zweitwohnsitz	600,00	43,61	46,00
Gewerbebetriebe I	1.000,00	72,68	77,00
Gewerbebetriebe II (770 l)	2.500,00	181,69	192,50

Nach den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften ist die Gemeinde auch beim Abschnitt „Abfallabfuhr“ zum Kostendeckungsprinzip verpflichtet.

Der Gemeinderat wird daher ersucht, dieser vorgeschlagenen Erhöhung (Anpassung) der Abfallgebühren die Zustimmung zu geben.

Diskussion:

Josef Kehrer fragte an, ob es schon Erfahrungswerte von Gemeinden gibt, die Müllgebühren nach Gewicht abrechnen?

Bgm. Schaubmayr berichtete, dass seit Ende September dJ in Laussa diesbezüglich ein Probetrieb geführt wird. Dieses Model ist aber für unsere Gemeinde nicht geeignet.

VzBgm. Fritz Pühringer führte aus, dass wir bis vor 4 Jahren die Sackabfuhr gehabt haben und es derzeit keine Probleme bei der Tonnenabfuhr gibt. Es sollte daher diesbezüglich nichts geändert werden.

Antrag durch Bgm. Schaubmayr:

Der Gemeinderat möge die oa. Änderung bzw. Erhöhung beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2. Voranschlag über das Finanzjahr 2003:

Bericht durch Bgm. Schaubmayr:

VORANSCHLAG 2003

ORDENTLICHER VORANSCHLAG

Summe der Einnahmen	1.458.200	EUR
Summe der Ausgaben	1.458.200	EUR
Überschuss/Abgang	0	

AUSSERORDENTLICHER VORANSCHLAG

Summe der Einnahmen	178.000	EUR
Summe der Ausgaben	178.000	EUR
Überschuss/Abgang	0	

A) Überblick über die Finanzwirtschaft der Gemeinde im abgelaufenen und ablaufenden Finanzjahr

Obwohl wir einen Soll-Überschuss von 108.000 abwickeln konnten, wird es uns kaum gelingen, den ordentlichen Haushalt auszugleichen. Hauptverantwortlich dafür sind der beinahe gänzliche Entfall der Strukturhilfe und die überproportional steigenden Krankenanstaltenbeiträge sowie die SHV-Umlage.

Die übrigen wesentlichen Pflichtausgaben entwickelten sich erwartungsgemäß bzw. laut Voranschlagserslass.

Die verschiedenen Landeszuschüsse (Bedarfszuweisungen und Landesbeiträge) trugen ebenfalls wiederum ganz wesentlich zum relativ positiven Ergebnis bei.

B) Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung im kommenden Finanzjahr

Die entscheidenden Pflichtausgaben erfahren folgende Entwicklung:

Krankenanstaltenbeitrag	+ 10,48 %
SHV-Umlage	+ 10,28 %
Gastschulbeiträge	+ 16,00 %

Dem steht folgende Entwicklung bei den Ertragsanteilen gegenüber:

Ertragsanteile	- 3,36 % !!
Ertragsanteile – Untersch.	0,00
Ertragsanteile – Fixbeträge	+ 18,00 %
Getränkesteuerausgleich	0,00

Diese Gegenüberstellung zeigt einmal mehr sehr deutlich, dass diese negative Entwicklung (mit Ausnahme der Fix- oder Sockelbeträge) dringend gestoppt werden muss!

Echt positiv für unsere noch immer akzeptable finanzielle Situation wirkt sich aus, dass wir keinen Schulden- und Zinsendienst für normalverzinsliche Darlehen zu leisten haben.

Bei den gemeindeeigenen Steuern ist keine wesentliche Änderung zu erwarten, diese stagnieren auf eher bescheidenem Niveau.

C) Veränderung des Vermögens, der Schulden und der Kassenlage im ablaufenden Finanzjahr

Im Finanzjahr 2002 traten im Vermögen der Gemeinde folgende wesentliche Veränderungen ein:

- Verkauf des Grundstückes von Frau Dikany an die Wohnungsfreunde
- Ankauf eines Grundstückes für den Bauhof
- Investitionen bei den Sportstätten

Die Schulden für Kläranlage und Kanal wurden entsprechend den Tilgungsplänen zurückbezahlt.

Der Zwischenkredit „Dikany“ wurde getilgt, Rücklagenzuführungen waren selbstverständlich keine möglich.

Die Kassenlage wurde durch vorübergehende Inanspruchnahme von Rücklagen so entlastet, dass Soll-Zinsen für Vor- und Zwischenfinanzierungen weitestgehend vermieden werden konnten.

D) Erläuterungen zu den veranschlagten wesentlichen Einnahmen und Ausgaben

a) Ordentlicher Haushalt - Einnahmen:

<i>T e x t</i>	<i>EUR</i>
<i>Pensionsbeiträge der Beamten</i>	<i>10.000</i>
<i>KTZ vom Land – Hochwasserschäden</i>	<i>15.000</i>
<i>Gastschulbeiträge der anderen Gde.</i>	<i>16.000</i>
<i>Landesbeiträge für Hilfskraft VS</i>	<i>9.000</i>
<i>Betriebskostenersatz Heizung VS</i>	<i>6.000</i>
<i>Landesbeitrag Kindergartentransport</i>	<i>8.500</i>
<i>Landesbeitrag Parkplatz Schmöller</i>	<i>12.000</i>
<i>Landesbeitrag Winterdienst</i>	<i>17.000</i>
<i>Verkehrsflächenbeitrag</i>	<i>7.000</i>
<i>Kanalanschlussgebühren</i>	<i>20.000</i>
<i>Kanalbenutzungsgebühren</i>	<i>62.000</i>
<i>Müllabfuhrgebühr</i>	<i>18.900</i>
<i>Müllsäcke – Müllcontainer</i>	<i>9.000</i>
<i>Grundgebühr</i>	<i>25.000</i>
<i>Grundsteuer A</i>	<i>8.100</i>
<i>Grundsteuer B</i>	<i>63.000</i>
<i>Kommunalsteuer</i>	<i>85.000</i>
<i>AufschlieÙungsbeiträge – Verkfl.</i>	<i>15.000</i>
<i>AufschlieÙungsbeiträge – Kanal</i>	<i>15.000</i>
<i>Ertragsanteile</i>	<i>683.000</i>

<i>Ertragsanteile – Unterschiedsbetr.</i>	56.600
<i>Ertragsanteile – Fixbeträge</i>	100.000
<i>Getränkesteuerausgleich</i>	36.000
<i>Strukturhilfe</i>	8.400
<i>Beitrag nach dem FAG</i>	16.000
<i>Beitrag des B. für Katastrophensch.</i>	20.000

Ordentlicher Haushalt - Ausgaben:

Sämtliche Pflichtausgaben wurden laut den Ausführungen im Voranschlagserlass veranschlagt!

Die frei verfügbaren Mittel betragen nur mehr ca. 75.000 EUR und sollen im kommenden Jahr wie folgt verwendet werden:

<i>Bezeichnung</i>	<i>Vorschlag</i>	<i>Neu</i>	<i>+</i>	<i>-</i>
<i>Plan (Konzept) für Park im Markt</i>	1.000			
<i>Sirenensteuergerät I</i>	2.500			
<i>Sirenensteuergerät II</i>	1.900			
<i>Kinderspielplatz</i>	1.000			
<i>Sportvereine</i>	1.400			
<i>Musikverein</i>	3.000			
<i>Ferienaktion (netto)</i>	2.000			
<i>Parkplatz Dr. Schmöllner</i>	15.000			
<i>Autofreier Tag</i>	1.000			
<i>Pendlerparkplatz</i>	3.000			
<i>Grunderwerb für Straßen</i>	3.000			
<i>Sanierung Gehsteige</i>	2.000			
<i>Instandhaltung Straßenbauten</i>	2.000			
<i>Feldwegeaktion</i>	4.000			
<i>Brückensanierung</i>	20.000			
<i>Forststraße Gebretsstein</i>	3.800			
<i>Drainage Kainldsdorf</i>	1.000			
<i>Ortsbeleuchtung Hutterer</i>	2.000			
<i>Kinderbecken Freibad</i>	1.000			
<i>Zuführung Kindergarten a.o.H.</i>	5.000			

b) Außerordentlicher Haushalt

Vorhaben „AMTSRÄUME“

Ausgaben:

Installationen	1.000
E-Installation	4.000
Malerarbeiten	1.000
Planungskosten	1.000
Betriebsausstattung	15.700
Summe:	22.700

Finanzierung:

<u>KTZ vom Land (BZ)</u>	<u>22.700</u>
Summe:	22.700

Vorhaben „EDV/DKM“Ausgaben:

Software	5.000
Vermessungskosten	13.200
Summe:	18.200

Finanzierung:

KTZ vom Land (BZ)	18.200
Summe:	18.200

Vorhaben „KINDERGARTENSANIERUNG“Ausgaben:

Baukostenbeitrag	5.000
Summe:	5.000

Finanzierung:

Anteilsbetrag o.H.	5.000
Summe:	5.000

Vorhaben „SPORTANLAGENBAU“Ausgaben:

Baumeisterarbeiten	36.000
Außengestaltung	36.000
Summe:	72.000

Einnahmen:

Landesbeitrag „Sport“	36.000
KTZ vom Land (BZ)	36.000
Summe:	72.000

Vorhaben „OW NEUMÜHLE“Ausgaben:

Straßenbauten	38.000
Summe:	38.000

Finanzierung:

KTZ vom Land	38.000
Summe:	38.000

Vorhaben „Wirtschaftsförderung“Ausgaben:

KTZ an Burgstaller	4.100
KTZ an Fuchsl	8.600
KTZ an Engleder	6.400
KTZ an Wögerbauer	3.000
Summe:	22.100

Finanzierung:

Entnahme Rücklage	22.100
Summe:	22.100

STEUERHEBESÄTZE

Grundsteuer für land-und

forstwirtschaftliche Betriebe (A) mit 500 v.H.d. Messbetr.

Grundsteuer für Grundstücke (B) mit 500 v.H.d. Messbetr.

Lustbarkeitsabgabe(Kartenabgabe) mit 10 v.H.d. Preises

Hundeabgabe mit EUR 15,-- für den 1. Hund

EUR 22,-- für jeden weiteren Hund

EUR 1,50 für Wachhunde

Kanalbenützungsg Gebühr mit EUR 2,44 pro m³ WasserverbrauchSenkgrubeninhalte-Übernahme EUR 2,44 pro m³

Senkgrubeninhalte aus anderen Gemeinden Zuschlag 100 %

Abfallabfuhrgebühr:

Abfalltonne 90 l	6,55 (+10% Ust)
Abfalltonne 120 l	8,50 (+10% Ust)
Abfallsack 90 l	6,55 (+10% Ust)
Abfallcontainer 770 l	54,00 (+10% Ust)

Abfallabfuhr-Grundgebühr pro Liegenschaft (zuzüglich 10 % MwSt.):

a) für Einpersonenhaushalte	EUR	31,00
b) für Zweipersonenhaushalte	EUR	46,00
c) für Haushalte ab 3 Personen	EUR	62,00
d) für Zweitwohnsitzhaushalte	EUR	46,00
e) für Gewerbebetriebe, sofern nicht lit. f)	EUR	77,00
f) für Betriebe, welche eine 700 l Container verwenden	EUR	192,50

Dienstpostenplan

Siehe eigener Tagesordnungspunkt!

Zuständigkeit Gemeindevorstand

Für Ausgaben, welche im Voranschlag zwar vorgesehen sind, die aber den Betrag von 15.000 EUR übersteigen, ist im Sinne der Bestimmungen des § 81 (3) der o.ö. GemO 1990 die Bewilligung des Gemeindevorstandes erforderlich.

Abweichungen vom Voranschlag

Gemäß § 73 (1) Z. 8 GemHKO hat das für die Genehmigung des Rechnungsabschlusses zuständige Organ zu entscheiden, ab welchem Ausmaß Abweichungen zu erläutern sind. Dieser Betrag wird mit EUR 2.000,-- festgesetzt.

Diskussion:

Franz Altendorfer:

Ihm fehlen bei den geplanten Vorhaben das öffentliche WC und eine überdachte Haltestelle im Marktbereich. Weiters fehlen ihm Rücklagen für die Grundeinlösungen Ortsumfahrung. Ohne Rücklagen kann dieses Projekt nicht in Angriff genommen werden.

Bgm. Schaubmayr:

Aus der jetzigen Budgetsituation können keine Rücklagen gebildet werden.

Karl Zinnöcker:

Erkundigte sich nochmals, welche Brückensanierungen im Voranschlag berücksichtigt sind.

Bgm. Schaubmayr:

Die „Kaleitenbrücke“ und „Atlasboden-Brücke“ (Richtung Schrattendoppel).

Klaus Reiter:

Was ist mit der „Steininger-Säge-Brücke“?

Bgm. Schaubmayr:

Diese ist auch dabei, kostet aber nicht soviel wie die vorher genannten Brücken.

Friedrich Mühlener:

Es fehlen ihm auch viele wichtige Vorhaben, aber es ist nicht mehr Geld zur Verfügung!

Güterwege sind eher in einem schlechten Zustand. Aber der Güterwegerhaltungsverband hat wahrscheinlich auch zuwenig Mittel.

Er wird sich bei der Abstimmung enthalten, da er mit der finanziellen Entwicklung der Gemeinden nicht einverstanden ist.

Bgm. Schaubmayr:

Er wird diese Bedenken bei der nächsten Bürgermeisterkonferenz vorbringen.

Antrag durch Bgm. Schaubmayr:

Der Gemeinderat möge dem Voranschlag über das Finanzjahr 2003 in der vorliegenden Form die Zustimmung geben.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag wurde mit 16 Ja-Stimmen angenommen. Die Gemeinderäte Friedrich Mühlener und Rupert Lindorfer enthielten sich der Stimme.

3. Endgültige Beschlussfassung des neu überarbeiteten Flächenwidmungsplanes:

Nachdem der Obmann des Raumordnungsausschusses entschuldigt ist, ersuchte der Bürgermeister Friedrich Mühlener als Obmannstellvertreter den Bericht zum Flächenwidmungsplan zur Kenntnis zu bringen.

Bericht:

In der Sitzung des Gemeinderates vom 11.4.2001 haben wir den Flächenwidmungsplan samt ÖEK grundsätzlich beschlossen. Unmittelbar anschließend haben wir beides (Flächenwidmungsplan und ÖEK) im Vorverfahren zur Prüfung vorgelegt.

Am 13.12.2001 wurden uns vom Land die Stellungnahmen gem. § 33(1) bzw. 36 (4) OöROG 1994 übermittelt. Dabei wurde uns im Wesentlichen bescheinigt, dass wir einen zeitgemäßen, den Anforderungen entsprechenden Plan erstellt haben. Selbstverständlich gab es jedoch noch einzelne Punkte zu klären bzw. zu ergänzen:

- Erweiterung des Wohngebietes Kronewittet:
Diese Erweiterung wurde zunächst negativ beurteilt. Bei einem Lokalaugenschein mit OBR Wernschnig konnten wir jedoch seine Zustimmung erwirken.

- Betriebsbaugebiet im Anschluss an „Engleder“:
Hier wurden die Erstellung eines Gestaltungskonzeptes mit Schnittführung die Erschließung vom Güterweg (und nicht von der Landesstraße) vorgeschlagen. Eine Geländeaufnahme, welche diesen Auflagen Rechnung trägt, werden wir im Genehmigungsverfahren beischließen.
- Dorfgebiet Pernersdorf:
Der Grünzug zwischen Pernersdorf und Glotzing soll erhalten bleiben. Die Erweiterung des Dorfgebietes soll sich auf eine Bauparzelle beschränken. Diese Auflage bzw. Forderung deckt sich mit dem Wunsch der Grundbesitzer.
- MB-Widmungen:
Diesen Auflagen haben wir voll Rechnung getragen (z.B. der Bereich der Tankstelle Reiter).
- Widmungskonflikte bereinigen:
Auch diesen Auflagen sind wir voll nachgekommen (z.B. Betriebe Schernberger, Engleder und Peer, Hochetting).
- Sternchenwidmungen:
Mit diesem Thema hat sich der Ausschuss sehr ausführlich befasst. Endgültig empfiehlt der Ausschuss, keine ehemaligen Landwirtschaften mit einem Sternchen zu versehen. Der beiliegende Anhang trägt diesem Umstand voll Rechnung.
- Waldabstand:
In einem Gespräch mit Herrn Dipl. Ing. Polli von der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach wurden die Forderungen der Forstabteilung detailliert besprochen und eine Übereinstimmung erzielt. Den Auflagen wurde voll entsprochen.
- Betriebsbaugebiet Glotzing:
Der Ausschuss ist einhellig der Meinung, dass dies das ideale künftige Betriebsbaugebiet ist. Im Örtlichen Entwicklungskonzept soll dieses Gebiet daher entgegen der Empfehlung des Landes enthalten bleiben. Die Verbindung mit Lembach wurde im Sinne der Empfehlungen hergestellt. In diesem Zusammenhang weisen wir auf die derzeitigen gemeindeübergreifenden Gespräche hin.
- Aufforstungsverbot Bründlberg:
Die Empfehlung des Ausschusses lautet, dass wir dieses Aufforstungsverbot im Naherholungsbereich von Putzleinsdorf sowohl textlich als auch zeichnerisch entsprechend darstellen.

Unmittelbar nach diesen Entscheidungen im Ausschuss wurden sämtliche Änderungen im Differenzenplan dargestellt und das **Anhörungsverfahren** der betroffenen Grundbesitzer durchgeführt.

Folgende Stellungnahmen von Grundbesitzern sind eingelangt und wurden im Ausschuss ausführlich behandelt:

Einwender	Wunsch	Empfehlung des Ausschusses
Hackl Berthold	Äusweisung der Sternchenfläche in anderer Form	Änderung wird befürwortet
Berger Franz und Mathilde	Grdst. 120 von W auf Ln	ÖEK auf W belassen, aus Fl-Wi herausnehmen
Riegler Jutta	Gebäude nicht von * auf Ln widmen	Offensichtlich ehemalige Landwirtschaft - Rückwidmung in Ln
Prechtl Franz und Berta	Gebäude nicht von * auf Ln widmen	Rückwidmung auf Ln
Fuchs Karl	Gebäude nicht von * auf Ln widmen	Offensichtlich ehemalige Landwirtschaft- Rückwidmung auf Ln
Gliwitzky Irmentraud	W soll in Ln rückgewidmet werden	Wunsch soll entsprochen werden
Altendorfer Franz	B und MB rückwidmen	Wunsch stattgeben, im ÖEK belassen
Fessl Rudolf	Rückwidmung von W auf Ln soll nicht erfolgen	Rückwidmung auf Ln
Aichinger Alfred	Gebäude nicht von * auf Ln widmen	Wunsch wird Rechnung getragen
Weiss Josef	Rückwidmung von W auf Ln soll nicht erfolgen	Rückwidmung auf Ln
Pusch Richard	Ln soll bleiben, nicht D	Wunsch wird entsprochen

Diese Beschlüsse bzw. Empfehlungen des Raumordnungsausschusses stützen sich sehr wesentlich auf das fachliche Gutachten unseres Ortsplaners. Dieses Gutachten liegt als Beilage I) diesem Sitzungsprotokoll bei und lautet wie folgt:

In den letzten Wochen wurden überdies die Bescheide über die Vorschreibung der Aufschließungsbeiträge nach dem ROG zugestellt. Einige Grundbesitzer haben prompt reagiert und verschiedene Anträge gestellt.

Obwohl mit dem Tagesordnungspunkt nicht direkt zusammenhängend hat sich der Ausschuss noch vor dieser Gemeinderatssitzung mit diesen Anträgen befasst. Änderungen des Flächenwidmungsplanes sind in diesem Stadium des Verfahrens nicht mehr möglich.

Die Anträge und die Empfehlung des Ausschusses im Einzelnen:

Lang Karl in Krien ersucht erneut um die Schaffung von Bauland im Anschluss an sein Wohnhaus (*), damit ein weichender Erbe ein Wohnhaus errichten kann. Der Ausschuss lehnt diesen Wunsch übereinstimmend aus den bekannten Gründen ab.

Franz und Mathilde Berger ersuchen um Rückwidmung des Grundstückes nördlich des Schulgeländes von Wohngebiet in Grünland. Der Ausschuss empfiehlt diese Widmung zu belassen.

Dr. Rupert Strasser ersucht um die Genehmigung der Vereinigung von zwei für sich bebaubarer Grundstücke. Der Ausschuss gibt hier ebenfalls die Empfehlung, dieser Vereinigung nicht zuzustimmen.

Frau Maria Strasser ersucht wiederum um Rückwidmung eines Grundstückes von W auf Ln im Bereich von Kronewittet. Auch hier ist der Ausschuss übereinstimmend der Ansicht, dass wir nicht rückwidmen sollen.

Den letzten 3 Anträgen ist eines gemein: die Grundbesitzer wollen dadurch die Vorschreibung der Aufschließungsbeiträge nach dem ROG umgehen.

Die Empfehlungen des Amtes der OÖ Landesregierung, Abteilung Raumordnung, die fachlichen Gutachten des Ortsplaners, die Ergebnisse des Anhörungsverfahrens der Betroffenen sowie das Ergebnis der Sitzungen des Ausschusses für örtliche Raumordnung sind die Grundlage des nunmehr vorliegenden Flächenwidmungsplanes samt ÖEK.

Nachdem dieser Plan sehr arbeitsintensiv und genau aufbereitet wurde und in den einzelnen Fraktionen grundsätzlich Konsens über unsere Planungsziele herrscht, wird ersucht, diesem Plan samt ÖEK die Zustimmung zu geben.

Diskussion:

Klaus Reiter:

Wie wurde das Ansuchen von August Engleder um Umwidmung im Bereich Kronewittet/Männersdorf behandelt?

Bgm. Schaubmayr:

Dieses wurde bereits im Gemeinderat abgelehnt und auch von Seiten der Landesregierung nicht genehmigt.

August Starlinger:

Warum wurde von Seiten des Landes zwischen den Ortschaften Glotzing und Pernersdorf ein Grünstreifen gefordert? Es würden hier ja nicht „2 Bauerndörfer“ zusammenwachsen, sondern 2 Siedlungen.

Friedrich Mühlener:

Dieser Grünstreifen ist dem Land sehr wichtig.

Mühlener erläuterte im Wesentlichen die Ansicht der Abteilung örtlicher Raumordnung.

Bgm. Schaubmayr verwies noch einmal auf die Wichtigkeit eines rechtsgültigen Flächenwidmungsplanes und auf die Einigkeit des Gemeinderates.

Antrag durch Friedrich Mühlener:

Nachdem sich der ROA sehr ausgiebig mit dieser Materie beschäftigt hat, wird daher der Gemeinderat ersucht, den Flächenwidmungsplan samt ÖEK in der vorliegenden Form zu beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4. Ankauf des Restgrundstückes 86/2 der KG Putzleinsdorf im Ausmaß von 90 m² von den Ehegatten Johann und Gerlinde Schneeberger; Genehmigung des Kaufvertrages

Der Bürgermeister führte aus, dass es sich bei dieser Angelegenheit um eine „Altlast“ aus den 70-iger Jahren handelt. Damals wurde aus dem „Glaser-Acker“ Bauland geschaffen. Diese Gründe wurden an Fam. Wittl, Hofkirchen vererbt und restliche Grundstücke an die Ehegatten Schneeberger in Daglesbach weitervererbt. Die Parz. 86/2 (ein Teil der asphaltierten Siedlungsstraße) ist im Grundbuch noch im Besitz von Johann Schneeberger.

Gestern ist jedoch noch ein Lageplan aus dem Jahre 1973 aufgetaucht.

Weiters hat er heute noch am Vermessungsamt nachgefragt, wurde jedoch nicht fündig. Auch am Grundbuch in Lembach konnte er heute nachmittags nichts mehr in Erfahrung bringen.

Daher soll dieser TOP bis zur nächsten Sitzung vertagt werden.

Sollte jedoch noch ein Kaufbeschluss erforderlich sein, kann er in der nächsten Sitzung erfolgen. Heute kann bereits die Übernahme des Teilstückes 86/2 im Ausmaß von 90 m² in das öffentliche Gut beschlossen werden.

Diskussion:

Rupert Lindorfer:

Hier wurde offensichtlich ein Privatgrundstück asphaltiert.

Klaus Reiter:

Es müsste noch weitere Teilungspläne von den Parzellen Anton Reiter und Josef Pfleger geben. Vielleicht ist daraus etwas ersichtlich?

Antrag durch Bgm. Schaubmayr:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Parz. 86/2 in das öffentliche Gut übernommen wird, sobald sie im rechtlichen Besitz der Gemeinde Putzleinsdorf ist.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5. Musikverein Putzleinsdorf – Ansuchen um finanzielle Unterstützung 2002

Bericht durch Bgm. Schaubmayr:

Der Musikverein Putzleinsdorf wendet sich auch heuer wieder mit einem Ansuchen um finanzielle Unterstützung an die Gemeinde. Die Musikkapelle hat jährlich hohe Ausgaben für Instrumente, Tracht, Notenmaterial, usw. zu bewältigen.

Im Voranschlag haben wir den Betrag von EUR 3.000,--vorgesehen und diese Summe sollten wir auch gewähren.

Diskussion:

In der kurzen Debatte sprachen sich die Gemeinderatsmitglieder für den Vorschlag des Bürgermeisters aus.

Antrag durch Bgm. Schaubmayr:

Dem Musikverein wird für das Jahr 2002 eine Subvention in der Höhe von EUR 3.000,-- gewährt.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6. Pensionskassenvorsorge und Mitarbeitervorsorge-Kasse für die oö. Gemeinde-Vertragsbediensteten; Erteilen von Vollmachten an das Land Oberösterreich

Bericht durch Bgm. Schaubmayr:

Nach Verhandlungen mit den Dienstgebervetretern und der Abteilung Gemeinden konnte nunmehr erreicht werden, dass auch für die Vertragsbediensteten eine Pensionskassenvorsorge ermöglicht wird.

Zu diesem Zweck wurden die Gemeinden seitens des oö. Gemeindebundes informiert, dass gemäß § 56a Abs. 2 Oö. LVBG - Novelle 2000 bzw. § 160 Abs. 2 Oö. GDG 2002 mit der jeweiligen örtlichen Dienstnehmervertretung eine Vereinbarung im Sinne des § 3 Betriebspensionengesetz abzuschließen ist.

Nach Rücksprache mit der Abteilung Gemeinden ist der Abschluss solcher Vereinbarungen in jeder einzelnen Gemeinde jedoch nicht erforderlich. Viel mehr soll eine zentrale Vereinbarung als Bestandteil des abzuschließenden Anschlussvertrages an die Pensionistenkassenvorsorge für oö. Gemeindebeamte geschlossen werden, welche den Gemeinden noch zur Verfügung gestellt werden wird. Aufgrund dieser Vereinbarung kann die Gemeinde ihren Vertragsbediensteten eine Pensionskassenzusage erteilen. Der Beitritt zur Pensionskasse erfolgt freiwillig und unter Verzicht auf die künftigen Jubiläumszuwendungen.

Es ist daher vorerst lediglich erforderlich, dass die Gemeinden dem Land OÖ eine Vollmacht erteilen, die Dienstleistung "Pensionskasse für Vertragsbedienstete" im Rahmen der vom Land OÖ aus zu verhandelnden Anschlussvertrages abzuschließen.

Als weitere Maßnahme ist die Umsetzung der "Abfertigung neu" für die Vertragsbediensteten des Landes OÖ und der oö. Gemeinden und Gemeindeverbände voraussichtlich mit Wirkung vom 1. Juli 2003 in Vorbereitung.

Zur Auswahl einer hierfür erforderlichen Mitarbeitervorsorge-Kasse ist ein Vergabeverfahren notwendig, welches nach Erteilung der entsprechenden Vollmacht aller Gemeinden (Frist 30. Jänner 2003) vom Land OÖ durchgeführt werden soll. Über die Details des neuen Abfertigungsmodells werden wir nach Abschluss der Verhandlungen berichten.

Der Gemeinderat wird daher ersucht, beiliegende Vollmachten zu beschließen.

Diskussion:

Keine Wortmeldung!

Antrag Bgm. Schaubmayr:

Der Gemeinderat beauftragt das Land OÖ. zur Durchführung der erforderlichen Vergabeverfahren und beschließt daher beiliegende Vollmachten.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7. Änderung (Ergänzung) des in der letzten GR-Sitzung neu festgesetzten Dienstpostenplanes

In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir bekanntlich den Dienstpostenplan für unsere Gemeinde beschlossen. Dieser Beschluss war die Grundlage für die Vergleichsberechnungen für die einzelnen Bediensteten und ist dadurch entscheidend, ob jemand in das „neue“ Besoldungssystem optiert oder nicht.

Dabei haben wir den Dienstposten „Sachbearbeiterin in der Verwaltung“ (Elisabeth Leitner) mit „GD 18“ – gegenübergestellt „VB I d“ dargestellt.

Wenn die Vergleichsberechnungen auf dieser Basis erfolgen, ist eine Option in das neue Gehaltsschema anzuraten.

Nunmehr ist es jedoch so, dass auf Grund der oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung, LGBI. Nr. 96/2001 der Dienstposten von Elisabeth Leitner als VB I c empfohlen wird.

Wenn nun der gegenständliche Dienstposten als VB I c festgelegt wird und die Vergleichsberechnung auf dieser Grundlage erfolgt, wird diese ergeben, dass ein Optieren nicht mehr sinnvoll ist.

Tatsache ist jedenfalls, dass Elisabeth Leitner überwiegend c-wertige Arbeiten verrichtet. Als Beispiele werden angeführt: Meldewesen (zentrales Melderegister), Führung sämtlicher Wählerevidenzen, Staatsbürgerschafts- und Personenstandswesen).

Der Gemeinderat möge daher der Festlegung dieses Dienstpostens im „alten“ System als VB I c die Zustimmung geben.

Diskussion:

In der kurzen Debatte sprachen sich die Gemeinderatsmitglieder übereinstimmend dafür aus den gegenständlichen Dienstposten im System „Alt“ als VB I c festzusetzen.

Antrag Bgm. Schaubmayr:

Unter Zugrundelegung der gegenständlichen Änderung wird der Gemeinderat ersucht, den Dienstpostenplan wie folgt zu beschließen:

Anz.	Art	Funktions- laufbahn	Verwendung	Bestehender Dienstpostenplan
Allgemeine Verwaltung:				
1	B	GD 11	Leiter/in des Gemeindeamts	B II-VI
1	B	GD 16	Qualifizierter Sachbearbeiter mit besonderer Funktion	C I-IV (N2-Laufbahn)
1	B	GD 17	Qualifizierter Sachbearbeiter	C I-IV
1	VB	GD 18	Sachbearbeiterin	VB I/c
1	VB	GD 20	Mitarbeiter im Verwaltungsdienst mit zusätzlicher Verwendung	---
Handwerklicher Dienst:				
1	VB	GD 19	Leitender Klärwärter	VB II p3 ad personam Josef Wullner VB II/p2
1	VB	GD 21	Kraftwagenlenker	VB II/p3
Schule:				
1	VB	GD 22	Helferin in Klassen mit schwerstbehinderten Kindern	VB I/d
1	VB	GD 21	Schulwart	VB II/p4 ad personam Johann Mager VB II/p3
Sonstiges:				
1	VB	GD 25	Reinigungskraft Amtshaus	---

Abstimmung durch Erheben der Hand:
Der Antrag wurde einstimmig angenommen

8. Neufassung einer Dienstbetriebsordnung (Regelung der inneren Organisation und des Betriebes des Gemeindeamtes):

Bericht durch Bgm. Schaubmayr:

Aufgrund der Novelierung der OÖ. Gemeindeordnung wurde die Broschüre „Dienstbetriebsordnung“ durch den Gemeindebund neu aufgelegt.

Gleichzeitig werden die Gemeinden ersucht, diese geänderte Dienstbetriebsordnung wiederum zu beschließen.

Diskussion:

In der kurzen Debatte sprachen sich Gemeinderatsmitglieder übereinstimmend für die Beschlussfassung der Dienstbetriebsordnung aus.

Antrag Bgm. Schaubmayr:

Der Gemeinderat möge die beiliegende Dienstbetriebsordnung (Broschüre des OÖ. Gemeindebundes) beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag wurde einstimmig angenommen

9. Weganlage Gemeindestraße Männersdorf (Spitalstraße); Genehmigung des Vermessungsplanes

Der Bürgermeister erörterte an Hand des Planes von Geometer DI Öhlinger/DI Brandtner vom 28.03.2001, Zahl GZ: 4690/2001, die durchgeführten Vermessungen an der Gemeindestraße Männersdorf (Spitalstraße).

Die gegenständlichen Vermessungsarbeiten umfassen den Bereich von der Kreuzung „Hanriederstraße“ – „Spitalstraße“ bis zur Kreuzung „Spitalstraße“ – „Mangstraße“.

Die Weganlage wurde mit einer Fahrbahn von durchgehend mind. 4,5 m und einem Gehsteig mit einer Breite von 1,5 m errichtet und im Naturzustand vermessen.

Die Grundinanspruchnahmen wurden vom Geometer ermittelt und die Grundeinlöse bereits ausbezahlt.

Für die grundbücherliche Durchführung (Einreichung beim Vermessungsamt) ist nunmehr ein Gemeinderatsbeschluss über die Vermessung dieser Weganlage (Genehmigung) erforderlich.

Der Bürgermeister ersuchte daher um Zustimmung zur Durchführung des vorliegenden Planes.

In der vorliegenden kurzen Debatte begrüßten die Gemeinderäte, dass nunmehr dieses Teilstück auch vermessen ist.

Auf Antrag des Bürgermeisters wurde einstimmig durch Erheben der Hand beschlossen, dem vorliegenden Plan die Zustimmung zu geben.

10. Allfalliges:

Informationen des Bürgermeisters:

- ◆ vom Landeskulturreferat wird der Pfarre für die Sanierung des Pfarrheimes ein Förderbetrag in der Höhe von EUR 18.170,-- als 2. und letzte Rate zur Verfügung gestellt.
- ◆ 24. Dezember: Familie Mager führt auch heuer wieder die Punschaktion zugunsten einer in Not geratene Familie aus NWK durch. Diesmal bei der Tankstelle Reiter.
- ◆ Vor 14-Tagen gab es ein Gespräch und eine Besichtigung in der Volksschule. 1971 wurde die Schule in Betrieb genommen. Nach 30 Jahren werden kleinere Umbauarbeiten notwendig. Dir. Lindorfer hatte an der Schule in Lambach einen Architekten kennen gelernt. Dieser wurde nun auch beauftragt Vorentwürfe für einen Schulanbau zu entwerfen.
Friedrich Mühlener bemerkte, dass sich der zuständige Ausschuss mit dieser Materie befassen soll.
- ◆ Thema: „Zaun Wögerbauer“:
Vor 2 Wochen teilte uns Hr. Anton Wögerbauer, Vernatzgersdorf mit, dass er an der Grundgrenze seines Grundstückes in der Siedlung Neumühle eine Gartenmauer errichten werde.

Von Seiten der Gemeinde wurde Herr Wögerbauer darauf aufmerksam gemacht, dass es sich dabei um ein meldepflichtiges Vorhaben handelt und der Gemeinde die Art und Größe des Zaunes anzuzeigen ist.

In diesem Zusammenhang wurden mehrere „Probleme“ sichtbar:

- Der Zaun von Franz Wögerbauer befindet sich auf öffentlichem Gut!
- Die Fam. Altendorfer hat ihre Einfriedung in einem größeren Abstand als 60 cm vom öffentlichen Gut errichtet.

Diese Probleme sollen vom Straßenausschuss besichtigt werden.

- ◆ Fernwärme ist zur Zeit in Putzleinsdorf kaum ein Thema. Das Grundstück der ehemaligen Kläranlage könnten wir verkaufen.
- ◆ Projekt „Fischerberg“ wird von den Wohnungsfreunden vorbereitet. Für die 2 Gemeindeparzellen könnten Bebauungspläne erstellt werden.

Bericht Vorstandssitzung:

- ◆ Änderung der Richtlinien – Bezugsvorschüsse
- ◆ Erfreulich: EUR 78.000,-- Landeszuschuss 2003 wird noch 2002 ausbezahlt, Förderansuchen wurde heute Vormittag erledigt.

Franz Altendorfer:

Das Verfahren vom Denkmalamt wurde im Marktbereich zurückgezogen. Dank an Bürgermeister für seine Unterstützung.

August Starlinger:

Er machte den Vorschlag, Herrn Anton Wögerbauer heute die Gelegenheit zu geben, dem Gemeinderat seine Situation mitzuteilen.

Hr. Wögerbauer führte einige Punkte an, bei denen er Unstimmigkeiten mit der Gemeinde hat.

Friedrich Pühringer machte den Vorschlag, dass eine Arbeitsgruppe sich mit der Problematik beschäftigen soll.

Abschließend brachte der Bürgermeister Weihnachts- und Neujahrwünsche zum Ausdruck und lud ins Gasthaus Ranetbauer zu einem kleinen Imbiss ein.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegenen Verhandlungsschriften über die letzte Sitzung vom 21.11.2002 wurden keine Einwände erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 21.40 Uhr.

.....
(Vorsitzender)

.....
(Gemeinderat – ÖVP)

.....
(Schriftführer)

.....
(Gemeinderat – Bürgerforum)

.....
Gemeinderat – FPÖ)

.....
(Gemeinderat – SPÖ)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.

Putzleinsdorf, am

Der Vorsitzende:

.....